

Die englische Wehrpflichtbill.

Ausdehnung des Zwangsdienstes auf die Verheirateten.

A. London, 3. Mai. Im Unterhause brachte Premierminister Asquith das neue Wehrpflichtgesetz ein, das die Bestimmungen der am 27. April zurückgezogenen Bill mit dem Zusatz des Zwangsdienstes für Verheiratete zwischen dem 18. und 41. Lebensjahr enthält. Die Bestimmung wird erst einen Monat nach Annahme der Bill in Kraft treten, um den Leuten zu ermöglichen, sich freiwillig einschreiben zu lassen. Ein Sondervorbehalt ist für gediente Leute vorgesehen, die nicht sofort gebraucht werden. Diese können zu ihrer bürgerlichen Beschäftigung zurückkehren, bis sie einberufen werden.

Die erste Lesung des Wehrpflichtgesetzes wurde einstimmig angenommen.

Berlin, 4. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Aus Amsterdam wird dem „Tagebl.“ gemeldet: Gegen Asquiths neue Wehrpflichtbill erwartet man in London den Widerstand von einer starken Minderheit. Einmal von einer radikalen Gruppe unter der Führung des früheren Ministers des Innern Simon, weiters von der unter Macdonald stehenden Gruppe von Arbeitervertretern. Die Mehrheit für die Bill gilt als gesichert.

Stimmen der englischen Presse.

A. Rotterdam, 3. Mai. Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London: Zu dem heute eingebrachten Dienstpflichtgesetz bemerkt der politische Mitarbeiter der „Times“, daß die Regierung im voraus sicher sein könne, daß die Vorlage ohne Schwierigkeiten durchgehen werde. Gegen Ende der folgenden Woche werde sie vielleicht schon Gesetz sein.

Der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News“ berichtet, daß die Arbeiterpartei nach

Asquiths Erklärung eine Versammlung abhielt und beschloß, ihren Mitgliedern anheimzustellen, ob sie für oder gegen das Gesetz stimmen wollen. Das bedeute, daß die Mehrheit dafür und ungefähr ein halbes Duzend Abgeordnete dagegen stimmen würde. Es sei unwahrscheinlich, daß wegen dieser Frage eine nationale Arbeiterkonferenz werde einberufen werden. Die Arbeiterpartei werde abends neuerdings über die Einzelheiten des Gesetzentwurfes beraten. Schon aus einer früheren Debatte sei hervorgegangen, daß die liberale Gruppe um Simon gegen das Gesetz sei und daß auch ohne Zweifel einige Mitglieder dieser Gruppe dagegen stimmen werden. Die wenigen Mitglieder der nationalistischen Partei, die sich augenblicklich in Westminster befinden, werden sich wahrscheinlich der Abstimmung enthalten. Dem Blatte zufolge tritt das unionistische Kriegskomitee mittags zusammen, um über seine Haltung zu beraten. Einige wollen gegen das Gesetz stimmen, weil es nicht auf Irland ausgedehnt wird; aber Carson übt einen mäßigenden Einfluß aus. Die allgemeine Auffassung ist, daß es unklug wäre, in diesem Augenblick Schwierigkeiten mit den Iren heraufzubeschwören.

Der Unionist Lomther wird morgen vorschlagen, daß die Regierung eine Maßregel ergreifen soll, durch die alle Männer und Frauen im Alter zwischen 16 und 60 Jahren in der für den Staat vorteilhaftesten Weise ausgenützt werden. Dies weist darauf hin, daß eine Bewegung für den industriellen Zwang bevorsteht.

„Daily Mail“ jubelt darüber, daß die Dienstpflicht, für die sie sich seit langem eingesetzt habe, endlich durchgeführt werden soll. Durch das neue Gesetz werde England in eine Reihe mit seinen Verbündeten treten.

„Times“ üben noch immer an der Regierung Kritik und schreiben: Wir werden niemals auch nur zu dem Beginn eines Sieges in diesem Kriege gelangen, wenn in die Regierung nicht neues Blut und frischer Geist gebracht wird.

„Daily News“ glauben, daß es möglich sein wird, mit Hilfe des neuen Dienstpflichtgesetzes noch 200.000 Mann aufzubringen. Im übrigen glaubt dieses Blatt nicht, daß Asquith seine Feinde durch dieses äußerste Zugeständnis versöhnen wird. Die Dienstpflichtbewegung bezwecke nur, ihn und die Koalition in Verruß zu bringen.

„Daily Chronicle“ meint, es sei noch zu früh, um feststellen zu können, wie die Neuerung auf die Stimmung der bürgerlichen Bevölkerung hinsichtlich des Krieges wirken werde. Nur ein sehr oberflächlicher Beobachter könne in Abrede stellen, daß bereits ein Unterschied zu bemerken sei, und zwar in ungünstigem Sinne. Man könne aber jetzt, wo man einmal zum Zwang übergegangen sei, nicht mehr den während des Krieges einmal eingeschlagenen Weg verlassen und das Beste, was man tun könne, sei, den Dienstzwang so gut und so logisch wie möglich durchzuführen. Das Blatt ist mit dem Premierminister einer Meinung, daß durch Einführung der Dienstpflicht die Streitfrage, welche hierüber bestand, aus der Welt geräumt werden wird, glaubt aber nicht, daß die Angriffe auf die Regierung aufhören werden.